

## **Erklärung der Arbeiterwohlfahrt für eine solidarische Flüchtlingspolitik!**

Vor genau sechs Jahrzehnten entstand unter dem Eindruck der furchtbaren Auswirkungen des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs die Genfer Flüchtlingskonvention. Sie hat trotz der langen Zeit nicht an Bedeutung verloren; ihre Wirksamkeit hängt nach wie vor in hohem Maße davon ab, dass Staat und Zivilgesellschaft sich zu Toleranz und Offenheit bekennen und den Flüchtlingsschutz stärken. Dazu gehört auch die derzeit so aktuelle Bekämpfung von Ausgrenzung und Rassismus. Darunter haben insbesondere die Flüchtlinge immer wieder zu leiden. Die Arbeiterwohlfahrt appelliert an die deutsche Regierung, sich im Zuge der europäischen Entwicklungen für den Schutz und die Rechte der Flüchtlinge einzusetzen, die nach Europa kommen wollen.

Die Arbeiterwohlfahrt bekennt sich zu ihren Grundwerten der Toleranz und Solidarität und veröffentlicht aus aktuellem Anlass die folgende Erklärung:

Das Mittelmeer ist zu einem Massengrab geworden. Allein im Jahre 2011 sind nach offiziellen Angaben mehr als 3000 Menschen ums Leben gekommen. Die Dunkelziffer dürfte beträchtlich höher liegen. Wie viele es genau sind, weiß niemand. Offensichtlich haben wir Mechanismen entwickelt, um diese grausame Wirklichkeit, die sich tagtäglich abspielt, effizient auszublenden und sie nicht ins Bewusstsein gelangen zu lassen. Europa setzt eine eigene Grenzschutzagentur namens Frontex ein, die mit einem Etat von jährlich gut 90 Millionen Euro dafür Sorge trägt, dass die meisten Flüchtlinge nicht an das Ziel ihrer Hoffnungen gelangen. Offiziell dient Frontex dem Schutz vor illegaler Einwanderung.

Tatsächlich „schützt“ Frontex Europa vor den Schutzsuchenden!

Ziel ist es, keine oder zumindest so wenig Flüchtlinge wie möglich in Europa ankommen zu lassen. Europa leistet sich damit bewusst und politisch gewollt eine Flüchtlingsabwehrinstanz; eine programmatische und koordinierte Flüchtlingshilfe fehlt hingegen gänzlich.

Dabei ist ein jeder Flüchtling zunächst einmal jemand, der per se in Not ist. Aber diese Not wird nicht gern gesehen. Stattdessen wird aus der Not der Flüchtlinge ein Problem für Europa konstruiert. Nicht die Flüchtlinge sind in Not und bedürfen der Hilfe; Europa ist in Not vor dem vermeintlichen Ansturm der Menschen, die sich aus Angst vor Verfolgung, Bürgerkrieg und Naturkatastrophen ebenso auf den Weg ins ersehnte Europa machen wie aus Armut und Hunger.

Flüchtlinge suchen Schutz in Europa und in Deutschland. Sie wandern gegen ein Reichtumsgefälle, das ganz wesentlich in den tradierten Ausbeutungsverhältnissen zwischen Europa und Afrika begründet liegt. Sie entfliehen Ländern, in denen insbesondere demokratische Werte wie Rechtssicherheit, eine korruptionsfreie Bürokratie und entwicklungsfähige wirtschaftliche Rahmenbedingungen (noch) nicht gegeben sind oder erst aufgebaut werden. Der Entschluss zur Migration ist immer auch ein individueller Entschluss und wird letztlich nicht durch Gesetze und Abschreckungsmaßnahmen verhindert.

Millionen Menschen sind seit Jahren auf der Flucht. Sie kommen aus unterschiedlichen Ländern und sind vor Bürgerkrieg und Verfolgung geflüchtet. Vielen drohen Armut und Hunger – sie kämpfen ums nackte Überleben. Die allermeisten von ihnen bleiben in der Region, aus der sie geflohen sind, und versuchen ihr Glück in einem Nachbarstaat. Nur ein sehr kleiner Teil von ihnen – nach Schätzungen des Flüchtlingswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) handelt es sich dabei um weniger als 10% aller weltweit Flüchtenden - bricht nach Europa auf und nur die allerwenigsten erreichen auch tatsächlich die Küsten Europas. Im Jahr 2009 hat Europa gerade mal 330 000 Asylsuchende aufgenommen. Bei einer Gesamtbevölkerung von mehr als 500 Millionen Menschen macht diese Zahl gerade einmal 0,066 Prozent der EU-Gesamtbevölkerung aus. Allein in dem Flüchtlingslager von Dadaab in Kenia leben derzeit etwa 400 000 Flüchtlinge.

Der UNHCR-Jahresbericht „Global Trends 2010“ macht deutlich, dass sich 2010 weltweit 43,7 Millionen Menschen auf der Flucht befanden und die internationale Unterstützung dieser Menschen sehr ungleich geleistet wird, denn vier von fünf dieser Flüchtlinge leben in Entwicklungsländern. Die größten Flüchtlingsbevölkerungen der Welt lebten im letzten Jahr in Pakistan (1,9 Mio.), Iran (1,1) und Syrien (1,0). Wie alle politischen und gesellschaftlichen Umwälzungsprozesse bewirken auch die Revolutionen in Nordafrika neue Flucht- und Migrationsbewegungen. Die meisten Flüchtlinge kommen über Tunesien und Libyen. Vielfach handelt es sich dabei um Menschen aus anderen afrikanischen Staaten wie Somalia und Eritrea, die ihre Länder wegen Krieg und Hungersnot verlassen haben. Bislang vom Gaddafi-Regime in Libyen unter unmenschlichen Bedingungen in Lagern und Gefängnissen festgehalten und an der Ausreise nach Europa gehindert, vertrauen sie jetzt in ihre neu gewonnene Freiheit und machen sich auf den Weg in die europäischen Demokratien.

Die EU muss insbesondere den nordafrikanischen Ländern Entwicklungsperspektiven bieten. Die von der EU-Kommission ins Auge gefassten erleichterten Handelsbeziehungen, Visaerleichterungen im Rahmen von Mobilitätspartnerschaften, ein Studentenaustauschprogramm und geplante Regelungen für legale Arbeitsmigration weisen in die richtige Richtung. Notwendig aber wäre eine Art „Marshall-Plan“ für Nordafrika. Einen nicht unwesentlichen Beitrag kann Deutschland leisten, indem Deutschland den Migranten und Flüchtlingen die Chance ermöglicht, eine eigene Zukunftsperspektive zu entwickeln. Dies ist jedoch nur bei echter Teilhabe möglich und bedeutet, ihnen weitestgehend gleiche Rechte und ein selbstbestimmtes Leben in Deutschland zuzugestehen. Zwar wurde von allen Seiten der Sturz der diktatorischen Regime in Nordafrika begrüßt und bejubelt – in Libyen hat Europa sogar als Kriegspartei unmittelbar am Sturz der Diktatur mitgewirkt – eine Lösung für die sich daraus ergebenden Flüchtlingsbewegungen scheint man aber nicht anbieten zu wollen. Stattdessen setzt Europa auf die altbewährte Abwehr- und Abschreckungsstrategie und verhandelt bereits in seinen ersten Gesprächen mit den neuen Machthabern in Libyen die Frage nach neuen Rückführungsabkommen. Gerade wurden der IOM (International Organisation for Migration) von der EU 9,9 Millionen Euro bewilligt, um in den nächsten drei Jahren in Libyen, Ägypten und in Tunesien tätig zu werden. Neben dem Aufbau von nachhaltigen Lösungen für die Rückkehrer und der Unterstützung der besonders von Rückkehrern betroffenen Städte und Gemeinden soll das Geld auch verwendet werden, um „Migrationsströme zu managen“. Insbesondere wird die Unterstützung von Regierungen bei der Verhinderung von irregulärer Migration angestrebt.

Die verhaltenen Reaktionen der europäischen Union zur Übernahme von Flüchtlingen aus den in Aufruhr befindlichen Demokratiebewegungen in einigen arabischen Ländern und Nordafrika offenbaren, dass eine Schiefelage in der „Bewertung“ und Zuerkennung von grundlegenden Rechten 60 Jahre nach der Verabschiedung der Genfer Flüchtlingskonvention besteht. Dies zeigt, dass die gemeinsam aufgestellten Regeln innerhalb der EU nicht ausreichen, um den Flüchtlingsschutz nach internationalen Standards zu gewährleisten. Alle europäischen Staaten sind deshalb aufgerufen, diese Regeln im Sinne der Menschenrechte zu erweitern und Aufnahmekontingente zuzulassen, wie es bereits sehr erfolgreich während des Krieges im ehemaligen Jugoslawien und bei den vietnamesischen Bootsflüchtlingen gelungen ist. Hier hat die deutsche Regierung seinerzeit eine Vorreiterrolle eingenommen und sogar zehntausende Flüchtlinge ohne europäische Absprache kurzfristig aufgenommen. Die Erfahrung mit den jugoslawischen Flüchtlingen hat eindeutig gezeigt, dass ein Großteil so bald als möglich in ihr Heimatland zurückgekehrt ist und dass sehr viele – auch deutsche Menschen und Firmen - noch heute von ihrem Aufenthalt in Deutschland profitieren. Der endlich erfolgte Beschluss der Bundesregierung vom Dezember 2011, sich zur Aufnahme von Resettlement-Flüchtlingen zu verpflichten, ist ein großer Fortschritt und ein erster Schritt hin zu einem solidarischen europäischen Asylsystem.

Aus Europa, dem Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, wie das Selbstverständnis Europas gern lautet, wird zunehmend die Festung Europa, die man vor den Armen und Unfreien dieser Welt beschützen muss.

Wie lange will und kann sich Europa eine solch abschottende Politik leisten? Glaubwürdigkeit kann hier nur durch eine konsistente - die Menschenrechte wahrende - Gesamtstrategie erreicht werden. Hier gilt es, in der Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit wie in der Innenpolitik durch die Beachtung der Menschenrechte als oberste Maxime, ein Zeichen zu setzen. Die Flüchtlinge werden sich von all den unmenschlichen Maßnahmen nicht abschrecken lassen und ihr Leben dabei weiter aufs Spiel setzen, um ihrer Notlage zu entfliehen. Für die allermeisten von ihnen existiert schlicht keine andere Wahl, und selbst, wenn sie von den Gefahren wüssten, würden sich von der Abwehr- und Abschreckungsstrategie nur die wenigsten Flüchtlinge abhalten lassen, den unsicheren und riskanten Weg nach Europa zu wählen. Die Europäische Union kann dabei weiterhin den Tod als Teil einer Abschreckungsstrategie billigend in Kauf nehmen, oder aber endlich handeln und Migrations- und Flüchtlingspolitik unter Wahrung menschenrechtlicher Mindeststandards aktiv gestalten.

Die Menschen, die es bis nach Deutschland geschafft haben, brauchen eine Situation, die ihnen dieses Recht auf eine individuelle Entwicklung zugesteht. Am Umgang mit Schutzsuchenden zeigt sich, welcher Wert Menschenrechten über bloße Lippenbekenntnisse hinaus zugebilligt wird. Europäer und insbesondere Deutsche sollten mit Freude zur Kenntnis nehmen und stolz darauf sein, an einem Ort zu leben, der für die meisten Menschen der Erde als das Paradies erscheint. Es ist noch nicht so lange her, da fanden 800 000 Deutsche, die vor der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft fliehen mussten, in anderen Ländern Asyl.

Die deutsche Gesellschaft verfügt über ausreichend Kapazitäten und Ressourcen, um diesen Menschen, die es bis hierher geschafft haben, diese Möglichkeiten zu bieten. Wir verfügen in der Praxis über eine funktionierende Demokratie, eine solide Infrastruktur, entsprechend zuverlässige Administration, Rechtsstaatlichkeit und Prosperität. Selbst wenn Migranten und Flüchtlinge nach temporären Aufenthalten oder

abgelehnten Asylverfahren in ihre Herkunftsländer zurückgehen, können sie viele Kenntnisse und Erfahrungen im Heimatland einsetzen und dort zu einer Demokratisierung beitragen.

Menschenrechte zu vertreten bedeutet auch, den hier lebenden Menschen ihre Rechte auf soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entfaltung nicht vorzuenthalten. Für eine Flüchtlingspolitik, die die Menschenrechte achtet, bedeutet dies freien Zugang zu Bildung, Ausbildung, Arbeit und zur Gesundheitsversorgung. Die Aufhebung gesetzlicher, diskriminierender Einschränkungen wie der Residenzpflicht, der Versorgung durch Sachleistungen und dem Zwang zum Wohnen in Sammelunterkünften ist dringend geboten. Die Ausgrenzung fördert das Entstehen von Ängsten, Vorurteilen und Rassismus bei der ansässigen Bevölkerung. Durch die teure Unterbringung in Sammelunterkünften und die gesetzlich erzwungene Untätigkeit werden Gelder verschwendet, die besser zum Nutzen der Flüchtlinge eingesetzt wären. Statt einzelne Menschen und ihre Familien systematisch durch das deutsche Asylsystem zu deprimieren und zu zerstören, wäre es sinnvoller, die Ausbildung, Förderung und Aktivierung von Flüchtlingen zu ermöglichen und zu gestalten. Sinnvoller nicht nur für die Flüchtlinge selbst, sondern auch für die deutsche Aufnahmegesellschaft und für die Demokratisierungsprozesse in den Herkunftsländern.

Die Realisierung und Verteidigung der Menschenrechte ist der Arbeiterwohlfahrt aufgrund ihrer Geschichte und Erinnerung ein wesentliches Anliegen. Zwischen Menschenrechten und den Grundwerten der AWO Toleranz, Freiheit und Gerechtigkeit besteht ein unauflösliches Band.

Die AWO fordert daher seit vielen Jahren bereits dazu auf, den Flüchtlingen, die in Deutschland leben, ein menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben mit gleichberechtigtem Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt zu ermöglichen und diskriminierende Maßnahmen wie Sachleistungsprinzip, Residenzpflicht oder die Verpflichtung zum Wohnen in Sammelunterkünften endlich abzuschaffen.

Basierend auf den Werten der AWO und verbunden mit den praktischen Kenntnissen der Lebensumstände von Flüchtlingen in Deutschland leisten wir durch eine klare und fundierte Informationspolitik unseren Beitrag zu einer entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit und tragen zu einer Versachlichung der Diskussion bei. Die AWO-Einrichtungen als Schnittstellen zwischen Individuum und gesellschaftlichen Institutionen haben hier als Interessensvertretung der Schutzsuchenden eine hohe Verantwortung und sind gehalten, den immer wieder zu beobachtenden Menschenrechtsverletzungen im Bereich der Asylpolitik engagiert entgegen zu treten.

**Die Arbeiterwohlfahrt fordert in diesem Zusammenhang eine solidarische nationale wie europäische Flüchtlingspolitik.**

Dazu gehört:

- Die aktive Verantwortungsübernahme der deutschen Regierung für die Schaffung eines fairen europäischen Asylsystems.
- Die Beachtung der Menschenrechte als oberster Maxime in der deutschen und europäischen Außenpolitik.

- Ein Ende der diskriminierenden Gesetze und Maßnahmen wie z.B. das Asylbewerberleistungsgesetz, das geltende Sachleistungsprinzip und die Residenzpflicht.
- Die Abschaffung der Verpflichtung zum jahrelangen Wohnen in Sammelunterkünften.
- Einen gleichberechtigten Zugang für Flüchtlinge zu Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt.
- Deutschland muss Flüchtlingen ein selbstbestimmtes Leben in Würde ermöglichen und ihnen das Recht zubilligen, ihr zukünftiges Leben aktiv und realistisch zu gestalten.

Präsidium und Vorstand der Arbeiterwohlfahrt

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V.  
Berlin, den 3. Februar 2012